



## Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel

Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12

coordination@apartheid-reparations.ch

www.apartheid-reparations.ch

### Rundschreiben Nr. 21 (Nr. 20 Erwägungen)

Januar 2018

#### 1. Tagung: Die neue Schuldenkrise – der Fall Credit Suisse / Mosambik

Die von der KEESA organisierte Tagung vom 18. November war gut besucht und die Themen Schuldenkrise und der skandalöse Kredit der CS an drei mosambikanische Firmen lösten engagierte und auch kontroverse Diskussionen aus. Jürgen Kaiser von der deutschen NRO *Erlassjahr.de* zeigte auf, wie die grundsätzlich unfairen und ungleichen Strukturen des internationalen Wirtschaftssystems durch die Verschuldung immer wieder neu generiert werden. Die Schuldnerländer im Süden haften mit ihren Rohstoffvorkommen für die erhaltenen Kredite, für die sie, je nach Kreditwürdigkeit, überhöhte Zinsen bezahlen müssen. Deshalb fliesst Kapital aus dem Norden, zum Beispiel der Pensionskassen, zurzeit vermehrt in rohstoffreiche Länder, die dann in eine Verschuldungsspirale gelangen. Unsere Renten beruhen also teilweise auf dem durch solche fragwürdigen Investitionen erwirtschafteten Ertrag. Zugespitzt kann man sagen: uns geht es gut, weil es den Anderen schlecht geht.

Vor diesem komplexen Hintergrund befasste sich die Tagung mit Krediten im Umfang von 2 Milliarden US-Dollar, welche u.a. die Credit Suisse (CS) 2013-14 drei mosambikanischen Firmen gewährt hatte (siehe auch den Artikel in „Erwägungen“ 2/17). Ein Teil des Geldes wurde für untaugliche Fischerboote eingesetzt, grosse Teile aber verschwanden spurlos, bis jetzt. Die CS hat die Kredite unter Missachtung ihrer eigenen Sorgfaltskriterien vergeben und damit nach Meinung verschiedener Referenten die gesetzlich geforderte Sorgfaltspflicht verletzt. Sie müsste von den zuständigen Behörden dafür strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Wie im November 2016 durch das Wallstreet Journal bekannt wurde, ermitteln das FBI und das US-Department of Justice in diesem Zusammenhang wegen Erleichterung von Korruption gegen die CS. Auch von Seiten der britischen Finanzaufsicht und der Finma sind Ermittlungen gegen die CS im Gang.



Schlussrunde mit (v.l.n.r.): Rita Kesselring, Jürgen Kaiser, Peter Hug, Barbara Müller, Gerhard Siegfried, Joseph Hanlon, Carlos Nuno Castel-Branco. Foto: Urs Sekinger

Die Kredite hat die CS über weitere Banken öffentlich aufgelegt und an Kunden weitergegeben, die jetzt die Geprellten sind. Die CS selbst, die an der Aktionärsversammlung 2017 auf den Skandal angesprochen wurde, hält sich bedeckt. Man kooperiere mit den Behörden, hiess es. Mehrere Initiativen und Anfragen im Nationalrat, wollten vom Bundesrat wissen, wann die Öffentlichkeit über die Ergebnisse informiert wird (Interpellationen Naef vom 15.6.2017 und Sommaruga vom 28.9.2016). Der Bundesrat begnügte sich bisher damit, auf die Finma zu verweisen, bei der der Fall hängig sei. Eine kürzlich eingereichte Motion ist noch nicht behandelt (Motion Sommaruga vom 7.12.2017).

Mosambik ist ein Schwerpunktland der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, die 2015 über 30 Millionen Franken ausmachte. 2016, nachdem die Schweiz als Folge des Kreditskandals ihre Budgethilfe an Mosambik einstellte, sank der Entwicklungshilfebetrug auf 18 Millionen Franken. 2017 erhöhte sich dieser Betrag wieder auf etwas über 20 Millionen. An der Tagung wurde kritisiert, dass damit die Bevölkerung den Preis für verantwortungslos gewährte Pivatkredite der CS bezahlen müsse. Besonders stossend ist dabei, dass die CS an diesem Deal rund 200 Millionen an Gebühren verdiente (Kroll-Bericht). Wie Gerhard Siegfried, Programmverantwortlicher bei der DEZA ausführte, hat die DEZA versucht, die CS zur Verantwortung zu ziehen, wurde vom EDA jedoch zurückgepfiffen (WOZ Nr. 47, vom 23.11.2017, Seite 4).

Die Wirtschaftsdetektei Kroll, die von der schwedischen Botschaft in Mosambik und der mosambikanischen Staatsanwaltschaft mit einer unabhängigen Untersuchung beauftragt wurde, legte Ende 2017 ihren Bericht über die besagten Kredite vor. Obwohl der Zugang zu verschiedenen Quellen verwehrt wurde, macht der Krollbericht deutlich, dass die gesamte Kreditsumme mit hoher Wahrscheinlichkeit an Privinvest überwiesen wurde, ein Firmengeflecht des franko-libanesischen Geschäftsmanns Iskandar Safa mit Verbindungen nach Abu Dhabi. Ein Teil der Gelder lief über die Tochterfirma Palomar mit Sitz in Zürich. Gegenüber Publizisten, welche den Kreditskandal näher untersuchen wollten, sollen Londoner Anwaltsfirmen mit Verleumdungsklagen gedroht haben. Ob das der Grund ist, weshalb die Schweizer Medien nur sehr zurückhaltend über den Skandal berichteten?

Der mosambikanische Ökonom Carlos Nuno Castel-Branco legte an der Tagung dar, weshalb in diesem Fall der alleinige Fokus auf Korruptionsbekämpfung (vor allem in Mosambik) zu kurz greift. Für ihn sind Länder wie Mosambik abhängig vom globalen Kapitalismus und befinden sich aufgrund dieser Position in einer strukturellen Dauerkrise. Trotzdem sieht Castel-Branco kurzfristige Lösungsansätze, welche die Wirtschaft seines Landes wieder in Gang bringen könnten. Dazu gehört eine grundlegende Änderung der mosambikanischen Wirtschaftspolitik weg von der Konzentration auf den Rohstoffsektor, dem im Moment die beschränkten Ressourcen praktisch vollumfänglich zufließen. Gezielt gefördert werden sollte nach ihm die lokale mosambikanische Wirtschaft. Er forderte zudem eine Neuverhandlung der Verträge mit internationalen Investoren besonders im Rohstoffsektor und die Besteuerung des grossen, südafrikanischen Investoren gehörenden Aluminiumwerks Mozal. Im übrigen müsse sich Mosambik dem Druck der internationalen Finanzinstitute nach einer sozialen Austeritätspolitik widersetzen, um aus der Krise zu finden.

Der renommierte Mosambikkenner Joseph Hanlon verwies in seinem Beitrag auf die Entwicklungen, die Mosambik seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1975 durchlief. Das ehemals sozialistische Land wurde in die Weltwirtschaft integriert, indem die internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen eine wirtschaftliche Elite heranbildeten, die heute Teil eines neoliberal geprägten, korrumpierten Wirtschafts- und Politsystems ist und einen kosmopolitischen Lebensstil pflegt. Er hob in diesem Zusammenhang die kriminellen Machenschaften rund um die Privatisierung der Banken vor einigen Jahren hervor, die keinerlei Sanktionen von Seiten der Geldgeber nach sich zogen. Die Abhängigkeit des Landes von internationalen Geldgebern liessen der Regierung nur wenig Handlungsspielraum. Ein perfektes Umfeld für Geheimkredite.

Dem politischen Sekretär der SP Schweiz, dem Historiker Peter Hug, ist es zu verdanken, dass SP-ParlamentarierInnen mehrere Vorstösse bezüglich der CS-Kredite einreichten. Doch es fehlte der politische Wille, sich mit dem skandalösen Verhalten der CS auseinanderzusetzen, meinte Hug. Die Staatsanwaltschaft müsste gegen die CS eine Strafuntersuchung wegen strafbarem Treubruch bei der Vermögensverwaltung sowie wegen Mithilfe bei der Bestechung fremder Amtsträger einleiten. Weiter forderte er eine Strafklage auf der Grundlage der OECD Konvention gegen die Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr. Zu Recht wies er auf die Unzulänglichkeit der schweizerischen Gesetzgebung im Bereich Korruption hin und forderte eine Verschärfung der gesetzlichen Grundlagen.

Sein eingeschränkter Korruptionsbegriff, der sich ausschliesslich auf die mosambikanischen Akteure bezog, deren strafrechtliche Verfolgung er verlangte, löste eine grössere Diskussion darüber aus, was unter Korruption zu verstehen ist. Ist derjenige, der Bestechungsgelder zahlt, um sich unlautere Vorteile zu ergattern, weniger korrupt als der Empfänger dieser Gelder? Sind korrupte Machenschaften im Spiel, wenn die CS, wie der Kroll-Bericht behauptet und die CS abstreitet, 200 Millionen an dem Deal verdiente (dabei sind die für den Kredit fällig werdenden Zinszahlungen nicht berücksichtigt)? Wie soll man es nennen, wenn die Firma Privinvest, auf deren Konten das Geld vollumfänglich bezahlt wurde, die gelieferten Schiffe zu einem – gemäss Kroll – massiv übersteuerten Preis an die mosambikanische Firma verkaufte? Ist Korruption im Spiel, wenn ein CS-Banker, der den Deal einfädelt, zum Privinvest-Konglomerat wechselt und dessen Tochterfirma Palomar Capital Advisors für die Restrukturierung eines der Kredite die Summe von 30,6 Millionen US Dollar bezieht? Diese Fragen zu „Korruption“ zu klären ist wichtig, denn das hat politische Implikationen von grosser Tragweite.

Auf Wunsch von TeilnehmerInnen wird die KEESA den Fall CS/Mosambik weiter verfolgen und verschiedene interessierte Akteure und ExpertInnen zusammenbringen, um Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren und festzulegen. In der Zwischenzeit hat die mosambikanische Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen die Verantwortlichen eingeleitet, da die Kredite unter Umgehung des Parlaments mit einer Staatsgarantie versehen worden waren.

## 2. Widerstand gegen Titanium-Abbau an der Wild Coast

An der KEESA-Tagung 2016 berichtete Nhonle Mbuthuma über den Widerstand der Amadiba an der südafrikanischen Wild Coast gegen die Abbaupläne des australischen Bergbaukonzerns MRC. Im März 2015 wurde der Präsident des Amadiba Crisis Committee Bazooka Radebe ermordet und andere führende Mitglieder wie Nhonle bedroht, so dass sie den Schutz von Leibwächtern in Anspruch nehmen mussten. Trotzdem war der Widerstand gegen den Titanium-Abbau erfolgreich. 2016 verhängte die Regierung ein Moratorium.

In der Zwischenzeit wird der Bau der Nationalstrasse N2 durch das Gebiet der Wild Coast vorangetrieben. Diese verbindet Durban mit Kapstadt. Die Bevölkerung will diese Strasse nicht, weil sie ihnen nichts bringt und ihre Dörfer zerschneidet. Ausserdem vermutet sie, dass die Strasse deshalb so nahe an der Küste verlaufen soll, damit der Abtransport des Titans gesichert ist. Die Strassenbaubehörde Sanral, welche die Strasse nur im Einvernehmen mit der lokalen Bevölkerung bauen darf, setzt die DorfbewohnerInnen stark unter Druck. So hat einer ihrer Vertreter einer Frau mit Gefängnis gedroht, wenn sie nicht in die Verlegung der Gräber ihrer Vorfahren einwilligt. Die Bevölkerung suchte deshalb die Unterstützung von Anwälten, um sie bei den Verhandlungen zu beraten. Deren Anwesenheit wurde von Sanral nicht akzeptiert.

Als Sanral mit den Bauarbeiten beginnen wollte, obwohl die Verhandlungen stagnierten, wurden die Arbeiter von der Bevölkerung vertrieben. Jetzt akzeptierte der CEO von Sanral eine Einladung zu einem Gespräch mit der Bevölkerung vor Ort. Diese verlangte endlich Antworten auf die von ihr eingereichten Forderungen. Unter anderem verlangten Anwesende Kopien der von

ihnen unterzeichneten Dokumente, die ihnen vorenthalten wurden. Anscheinend hatte man ihnen mündlich etwas ganz Anderes versprochen, als in den Dokumenten stand.

### 3. Marikana-Massaker

Im August 2017 jährte sich das Massaker an 34 streikenden Minenarbeitern zum fünften Mal. Noch immer haben die Hinterbliebenen keine Entschädigungen erhalten. Und obwohl Präsident Jacob Zuma im Dezember 2016 ankündigte, dass Strafverfahren gegen die für die Ermordung verantwortlichen höheren Polizeioffiziere eröffnet würden, ist bisher keiner der Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden. Im März 2017 wurden 72 Polizeioffiziere identifiziert und ihre Dossiers der Staatsanwaltschaft übergeben. Seither ist nichts passiert. Auch die von den Arbeitern geforderte Gedenkstätte für die Opfer ist nicht in Sicht.

An den miserablen Lebensbedingungen der Arbeiter hat wenig geändert. Lonmin hat es versäumt, die Verbesserungen vorzunehmen, zu denen das Unternehmen gesetzlich verpflichtet wäre. Auch BASF, Hauptabnehmerin des in Marikana geförderten Platins, hat trotz der vollmundig verkündeten Verantwortung für die gesamte Lieferkette, keine konkreten Beiträge geleistet. Die Kampagne *Plough Back the Fruits* hat Betroffene aus Südafrika an die Aktionärsversammlungen von BASF eingeladen, unter ihnen auch Joseph Mathunjwa, den Präsidenten der Minenarbeitergewerkschaft AMCU. Die SüdafrikanerInnen forderten ohne Erfolg, dass der deutsche Chemiekonzern seinen Verpflichtungen nachkomme.

Die südafrikanische Bench Marks Foundation schreibt, der Fall sei symptomatisch für das Verhalten der Bergbauindustrie im Süden und zeige, dass die soziale Verantwortung der Konzerne ein leeres Versprechen sei. Damit die Tätigkeit dieser Unternehmen keine negativen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt hätten, müssten die Regierungen regulatorisch eingreifen und ihre Aktivitäten streng überwachen. Es sei wichtig, dass dies auch in den Herkunftsländern der Unternehmen in Europa getan werde.

Der Minensektor in Südafrika ist im Umbruch. Lonmin soll für 380 Millionen US-Dollar an den südafrikanischen Konzern Sibanye verkauft werden. Im Umfeld von Marikana tobt ein Kampf um die gewerkschaftliche Vertretung der Minenarbeiter. In den letzten Monaten sind mehrere Gewerkschafter ermordet worden, andere flüchteten in den Untergrund, weil sie um ihr Leben fürchten. Die Polizei hat anscheinend noch niemanden verhaftet.

### 4. Sambia: Das komplexe Kupfergeschäft verstehen

Sambias Deviseneinkommen hängt zu 80 Prozent vom Rohstoffexport ab. Das heisst primär vom Kupfer. Dieses wird gemäss Exportstatistik mehrheitlich über die Schweiz verkauft via Handelsunternehmen wie die in Genf ansässige Trafigura. Mit Glencore ist ein weiteres Schweizer Unternehmen direkt in die Kupfergewinnung und -vermarktung involviert.

Ein internationales Forschungsprojekt, dem die KEESA angehört, untersucht die Wertschöpfungskette des sambischen Kupfers und die Rolle des Schweizer Rohstoffhandelsplatzes. Ziel des Projektes ist es, das Funktionieren des internationalen Rohstoffhandels und dessen Auswirkungen auf die unterschiedlichen Beteiligten zu erforschen. Es geht auch darum, einen Beitrag zum Wissen bereit zu stellen, das für die dringend erforderliche Regulierung des Schweizer Rohstoffsektors benötigt wird. Die KEESA ist für die Verbreitung des erarbeiteten Wissens in der Öffentlichkeit und für den Kontakt zur sambischen Zivilgesellschaft zuständig.

Bei einem Besuch im August 2016 knüpfte die KEESA Kontakte zu lokalen NGOs in den Bergbaustädten Solwezi und Mufulira, die sich mit den Auswirkungen des Kupferabbaus auf die lokale Bevölkerung befassen. In Mufulira zeigten uns die BewohnerInnen eines an die Kupfermine Mopani – sie gehört Glencore – angrenzenden Quartiers das verschmutzte Wasser,

das bei ihnen aus den Wasserhähnen fliesst. Ein Forum von verschiedenen lokalen Organisationen hat seither mit den betroffenen Gemeinden eine Kampagne für sauberes Wasser gestartet, bei dem die Behörden, die für die Wasserversorgung zuständige Firma und Mopani (Glencore), deren Mine die Verschmutzung verursacht, zur Verantwortung gezogen werden sollen. Die Kampagne wird vom Solifonds unterstützt.

#### 5. In eigener Sache

- 2018 sind es 20 Jahre seit der Gründung der KEESA. Damals verlangte eine breite Koalition von kirchlichen und nichtkirchlichen Nichtregierungsorganisationen und ehemaligen Anti-Apartheid-aktivistInnen, dass sich die Schweiz mit ihrer Apartheidvergangenheit auseinandersetzt, sich bei den Apartheidopfern entschuldigt und sich an der Zahlung von Reparationen beteiligt. Wir verlangten ausserdem, dass die Schulden, die das demokratische Südafrika vom Apartheidregime übernehmen musste, als illegitime Schulden (odious debts) deklariert würden, und damit nicht mehr geschuldet wären. Es ist uns gelungen, das öffentliche Bewusstsein für die Rolle der Schweiz während der Apartheid zu schärfen. Unsere Kampagne hat dazu beigetragen, dass der Nationalfonds das Forschungsprogramm Schweiz-Südafrika NFP42+ lancierte, das einen Anfang zu der geforderten Aufarbeitung darstellte. In den letzten Jahren leistet die KEESA vermehrte Aufklärungsarbeit in Bezug auf die aktuelle Präsenz von Schweizer Unternehmen im südlichen Afrika.

- Von 1998 bis zu ihrer Pensionierung 2005 wurde die KEESA von Mascha Madörin koordiniert. Ab August 2005 hat Barbara Müller die Koordinationsstelle geleitet. Per Ende 2017 ist sie nun als Koordinatorin zurückgetreten, bleibt jedoch als Vertreterin des Afrika-Komitees im Ausschuss. Als ihre Nachfolgerin konnte die KEESA Aurora García gewinnen, eine Ethnologin mit langjähriger Erfahrung in der Solidaritäts- und Menschenrechtsarbeit. Wir wünschen Aurora viel Erfolg und Freude bei ihrer Arbeit für die KEESA.

#### 6. Lektüreempfehlung

Während mehr als 5 Jahren hat Hennie vanVuuren für sein 600 Seiten umfassendes Buch *Apartheid Guns and Money. A tale of profit* recherchiert. Er zog Quellen aus frisch deklassifizierten Archivbeständen in Südafrika bei, konsultierte aber auch europäische Archive, darunter solche in der Schweiz. Interviews mit Augenzeugen und Akteuren von damals waren eine weitere Informationsquelle. Was er enthüllt, sind die kriminellen Machenschaften einer umfassenden Maschinerie von südafrikanischen und internationalen Akteuren, die zur Unterstützung des rassistischen Südafrikas geschaffen wurde, mit dem Ziel die Sanktionen zu umgehen – und von dieser Situation zu profitieren. Die Nutzniesser waren Staatsmänner, Waffenproduzenten und –händler, Bankiers, geheime Lobbygruppen, Journalisten und andere. Im Zentrum dieses auch heute noch von Schweigen umgebenen Netzwerks standen europäische (inklusive und explizit auch schweizerische) Banken. Das Buch erregte in Südafrika grosses Aufsehen, weil diese korrupten Netzwerke nie aufgedeckt wurden und in der aktuellen mafiösen Verflechtung von Staat, Präsident, Partei und wirtschaftlichen Akteuren repetiert werden. Es stellt die bisherigen Befunde über die schweizerische Unterstützung für den Apartheidstaat in einen breiteren Kontext.

*Hennie van Vuuren. Apartheid Guns and Money. A tale of profit. Jacana 2017*



Barbara Müller, Koordinatorin KEESA

